

AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG
Gruppe Land- und Forstwirtschaft - Abteilung Landwirtschaftsförderung
Postanschrift 3109 St. Pölten, Landhausplatz 1

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

An den
Herrn Präsidenten des Landtages von NÖ
Mag. Edmund Freibauer

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion

Eing.: 08.01.2008

zu Ltg.-**887/V-5/45-2007**

— Ausschuss

Beilagen
LF3-A-7/029-2007 -

Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

-	Bezug	Bearbeiter	(0 27 42) 9005	Durchwahl	Datum
		Maurer		12839	18. Dezember 2007

Betrifft

Resolutionsantrag der Abgeordneten Honeder, Hensler, Dr. Prober, Ing. Haller und Ing. Pum (zur Gruppe 7 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2008, Ltg. 887/V-5) betreffend angemessene Preise für landwirtschaftliche Produkte.

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Landtag von Niederösterreich hat in der Sitzung am 12. Juni 2007 den RESOLUTIONSANTRAG der Abgeordneten Honeder, Hensler, Dr. Prober, Ing. Haller und Ing. Pum (zur Gruppe 7 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2008), Zahl Ltg.-887/V-5/45-2007, betreffend *angemessene Preise für landwirtschaftliche Produkte* zum Beschluss erhoben.

Die Resolution wurde am 2. Juli 2007 an das Bundeskanzleramt weitergeleitet.

Das Bundeskanzleramt teilte in seinem Antwortschreiben vom 4. Oktober 2007 folgendes mit:

„Die Bundesregierung unterstützt die bäuerliche, naturnahe Landwirtschaft. Alle Betriebe sollen unabhängig von ihrer Größe und Produktionsrichtung gleichberechtigt wirtschaften und an der Einkommensentwicklung gerecht teilhaben. Neben Markter-

lösen gehören dazu auch Direktzahlungen.

Die zahlreichen Gespräche der bäuerlichen Interessenvertretung mit dem Lebensmittelhandel und den Molkereien über eine Erhöhung des Milchpreises waren erfolgreich. Handel und Milchverarbeiter haben dem Anliegen der Milchbauern großes Verständnis entgegengebracht.

Nachdem in den letzten Jahren der Anteil der Erzeugermilchpreise am Konsumentenmilchpreis, der bei rund einem Drittel liegt, unverändert geblieben und sogar zurückgegangen ist, kann nun mit einer spürbaren Erhöhung gerechnet werden. Eine deutliche Preiserhöhung, die auch beim Bauern ankommt, wird zu einer Stabilisierung der Einkommen der Milchbauern führen und macht es ihnen möglich, auch weiterhin Milchbauern zu bleiben.

Die seit dem Herbst des Vorjahres auch in Österreich einsetzenden Erhöhungen der Verbraucherpreise für Milch können aber erst nach und nach an die Molkereien und von diesen an die Milch erzeugenden landwirtschaftlichen Betriebe weitergegeben werden.

Wie die Einkommensergebnisse im Grünen Bericht zeigen, haben sich die Futterbaubetriebe in den letzten zehn Jahren von einem niedrigen Niveau aus überdurchschnittlich entwickelt. Durch die Nutzung der rund zwei Mio. Hektar Dauergrünland, die zum großen Teil im benachteiligten Gebiet liegen, wird die Landschaft gepflegt. Diese Leistungen für die Gesellschaft werden im Programm zur Ländlichen Entwicklung von der öffentlichen Hand abgegolten. Gerade im klimatisch benachteiligten Alpengebiet stellen der Futterbau und die Forstwirtschaft oft die einzigen Bewirtschaftungsmöglichkeiten dar.

Zur Förderung betreffend das in Brüssel eingereichte neue Programm für die ländliche Entwicklung mit seinen Schwerpunkten ÖPUL und Ausgleichzahlungen, welche für die Milchbauern essenziell sind, ist festzuhalten, dass der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft im Juli 2007 einen wichtigen Etappenerfolg bei den Verhandlungen zum Österreichischen Programm für die Ländliche Entwicklung 2007-2013 mit der Europäischen Kommission in Brüssel erzielen konnte.

Damit besteht die berechtigte Hoffnung, dass das Programm im Herbst 2007 offiziell genehmigt wird. Die Auszahlung der von den Landwirten im Rahmen des Umwelt- und Bergbauernprogramms erbrachten Leistungen soll jedenfalls noch *im* heurigen Jahr planmäßig an die 145.500 bäuerlichen Betriebe erfolgen.“

Mittlerweile wurde mit Entscheidung der EU-Kommission vom 25. Oktober 2007 das Programm für den Ländlichen Raum von Österreich im Programmplanungszeitraum 2007 – 2013 genehmigt.

Die NÖ Landesregierung beehrt sich, dies zu berichten.

Dipl.Ing. P l a n k
Landesrat